

Folgen des Neoliberalismus für Beschäftigung und Umwelt*

von
Gerhard Maier-Rigaud

*Die soziale und wirtschaftliche Katastrophe des wirtschaftlichen Liberalismus war im wesentlichen eine Folge der Absolutheit, mit der er seine Maxime "laissez faire, laissez passer" .. durchführte.
(Alexander Rüstow, Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus, 1945/50, 1)*

1 Dogmatisierungen

In einer Sitzung der Lyoner Handelskammer um 1680 soll einer der Ältesten der dortigen Kaufmannschaft namens Legendre auf die Frage Colberts, was die königliche Regierung tun solle, um ihnen zu helfen, geantwortet haben: "Laissez-nous faire!"¹ Dieser Protest gegen die Reglementierungssucht des merkantilistischen Absolutismus gilt seither allgemein als Schlachtruf des Wirtschaftsliberalismus. Aber mit dem Schlachtruf allein wäre auf Dauer kein Terrain zu gewinnen gewesen.

Die geistesgeschichtlichen Fundamente des liberalen Gedankengebäudes sind bereits von den Philosophen der Antike gelegt worden. In dieser Tradition stehen auch die christlichen Religionen mit der Vorstellung, der gesamte Weltenlauf werde von einer göttlichen Harmonie beherrscht. Vor allem durch Adam Smith ist dann dieser Harmonieglaube zum wirtschaftsliberalen Credo geworden. Die "unsichtbare Hand", welche *private vices* zu *public benefits* (Mandeville) macht, ist auf das Walten eines Gottes bzw. den "ordre naturel" zurückzuführen.² Eine solche Ordnung verbessern zu wollen, wäre anmaßend. Deshalb werden Eingriffe in die Wirtschaft abgelehnt und wegen der "Selbstheilungskräfte des Marktes" auch für überflüssig und schädlich gehalten.

Die großen liberalen Ökonomen haben sich einer Trivialisierung und Verabsolutierung wirtschaftsliberaler Vorstellungen immer widersetzt. Ihnen war klar, daß die Leistungsfähigkeit von Märkten eng verbunden ist mit der hoheitlichen Setzung und Durchsetzung von Regeln. Zudem ist gegen Ende des letzten Jahrhunderts die Einsicht gewachsen, daß eine Korrektur der Verteilungsergebnisse von Märkten aus sozialen Gründen geboten und mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung durchaus kompatibel ist. Die Weltwirtschaftskrise hat schließlich gezeigt, daß es Entwicklungen geben kann, welche die Marktakteure nicht aus eigener Kraft umkehren können. In solchen Situationen bleibt nichts anderes übrig, "als von einem Punkt außerhalb der Marktwirtschaft" einzugreifen. "Dieser Punkt ist der Staat ..." (Röpke 1932, 124). Aus solchen Einsichten ist in Deutschland noch während des 2. Weltkrieges die ordoliberalen Konzeption, die soziale Marktwirtschaft hervorgegangen. Unter dem sozialdemokratischen Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller sind diese Gedanken programmatisch zusammengefaßt

* Abgedruckt in: Zukunftsfähigkeit und Neoliberalismus: Zur Vereinbarkeit von Umweltschutz und Wettbewerbsfähigkeit / [Walter Eucken Institut; Wuppertal Institut fuer Klima, Umwelt und Energie]. Andreas Renner/Friedrich Hinterberger (Hrsg.). - 1. Aufl. - Baden-Baden: Nomos Verl. Ges., 1998, S 157 - 174

1 Für diesen historischen Fixpunkt des Wirtschaftsliberalismus gibt es mehrere und durchaus unterschiedliche Angaben. Eine davon findet sich bei Rüstow (1950, 112).

2 Als ein Beleg von vielen: "The administration of the great system of the universe, however, the care of the universal happiness of all rational and sensible beings, is the business of God and not of man." (Smith 1759/1982, VI.ii.3.6).

worden: Der Freiburger Imperativ (Ordnungspolitik) und die Keynesche Botschaft (Globalsteuerung) galten als Grundlinien der Wirtschaftspolitik.

In den siebziger Jahren ist dieser aufgeklärte Wirtschaftsliberalismus nach und nach demontiert worden. Noch ist es zu früh, um die Ursachen für diesen Rückfall in einen naiven Wirtschaftsliberalismus, der heute allgemein als "Neoliberalismus" bezeichnet wird, wissenschaftlich aufzuarbeiten. Die Zeit dafür dürfte wohl erst reif sein, wenn die gegenwärtige Krise überwunden und die mit ihr verbundenen ökonomischen Konfusionen aufgedeckt sein werden. Allgemein wird man aber heute schon sagen können, daß die Ökonomen jener Zeit die Bedeutung des Bretton Wood Systems für die Weltwirtschaft unterschätzt und die Rationalität der Devisenmärkte überschätzt haben. Auch ist die Ölpreiskrise analytisch nicht hinreichend erfaßt worden. Versagt haben schließlich auch die lohnpolitischen Akteure. Und der Versuch, einmal eingetretene Preisniveausteigerungen geldpolitisch wieder zu neutralisieren, hat nur dazu geführt, dem lohnpolitischen Irrtum einen geldpolitischen hinzuzufügen, d.h. die eingetretenen Preissteigerungen nachträglich ungeschehen machen zu wollen. Daß der daraus folgende Beschäftigungseinbruch defizitäre öffentliche Haushalte bedeutete, hätte nicht dazu verleiten dürfen, den (gescheiterten) Versuch ihrer Rückführung als Ursachentherapie zu begreifen. So gesehen muß man das Jahr 1973 als das Schicksalsjahr des aufgeklärten Wirtschaftsliberalismus bezeichnen. Es war der Beginn einer Periode weltwirtschaftlicher Wechselbäder durch Wechselkursschwankungen, einer Verabschiedung der Geldpolitik von der beschäftigungspolitischen Mitverantwortung und der gründlich mißlungenen Sanierung öffentlicher Haushalte. Was danach wirtschaftspolitisch noch blieb, war die als Angebotspolitik bezeichnete Strukturpolitik. Passend dazu setzte sich zunehmend die Diagnose durch, wonach die wachsende Arbeitslosigkeit überwiegend struktureller Natur sei.

Die sich in Schüben verschärfende Beschäftigungskrise ließ "neoliberale" wirtschaftspolitische Muster immer stärker hervortreten. Die eingängige einzelwirtschaftliche Kostenlehre hat die makroökonomische Logik ersetzt. Argumentativ blieb damit kaum mehr als der von Rüstow herausgearbeitete "wirtschaftstheologische" Hintergrund. Der Wirtschaftsliberalismus degenerierte zur neoliberalen "Heilslehre" (Rüstow 1945/50). Sie ist per se auch eine politische Rechtfertigungslehre, derer sich nicht nur die Politik, sondern auch die auf Besitzstandswahrung gerichteten Wirtschaftsinteressen bedienen. Nicht zuletzt aber hat der "Neoliberalismus" auch die erkenntnisleitende Ausgangshypothese für die ökonomische Analyse, für das Paradigma eines ganzen Wissenschaftsprogramms geliefert.

Der Absolutheitsanspruch, mit dem dieser deformierte "Neoliberalismus" auftritt, entfremdet ihn von seinen Idealen. Seine Blindheit gegenüber seinen eigenen Grenzen schwächt und diskreditiert den Liberalismus im ganzen. Die neoliberale Verheißung wird zum Verhängnis der Gesellschaft. Ein wirtschaftspolitisches Muster, das die Komplexität der Welt auf bloße marktliche Interaktionslogik reduziert, das jenseits von Angebot und Nachfrage keine Diagnose und keine Therapie kennt, erstarrt zum selbstgefälligen Dogma. Es wird zur Ursache für die wirtschaftliche Krise, die sozialen Spannungen und die ökologischen Versäumnisse.

Im folgenden sollen einige politikleitende Theoriemuster identifiziert werden, die direkt und indirekt mit dem neoliberalen Grundverständnis zusammenhängen. Beispielhaft werden dafür zwei Politikbereiche ausgewählt: die Beschäftigungs- und die Umweltpolitik. Anschließend soll skizziert werden, welche Auswirkungen die dem wirtschaftsliberalen Grundverständnis folgende Politik hat. Zur Klärung der hier vertretenen Position sollen einige grundlegende Thesen diesen Beitrag abschließen.

2 Beschäftigungspolitik in einer heuristischen Modellwelt

Die herrschende Sichtweise des Problems der gesamtwirtschaftlichen Steuerung ist paradigmatisch geprägt vom Gleichgewichtskonzept der klassischen und neoklassischen Ökonomie sowie vom methodologischen Individualismus. Das *Gleichgewichtskonzept* war dogmengeschichtlich betrachtet im Zentrum eines Wissenschaftsprogramms, das dem merkantilistischen Interventionismus den Garaus machen sollte. Zu beweisen war, daß das ökonomische System auf Dauer, von selbst und gewissermaßen naturnotwendig zur optimalen Allokation aller Ressourcen führt. Dieser Beweis ist inzwischen längst und erfolgreich erbracht worden. Als "methodologische Fiktion" (Schumpeter) hat das Gleichgewicht seine Funktion erfüllt.

Der von Schumpeter zu Beginn dieses Jahrhunderts eingeführte Begriff des *methodologischen Individualismus* gilt heute neben der Gleichgewichtsverheißung als die zweite Säule des marktdogmatischen Paradigmas. Richtigerweise wird die Selbststeuerung des Systems Markt mit der Entscheidungslogik und den Triebkräften individueller Akteure erklärt. Vergessen wird dabei allerdings, daß der methodologische Individualismus im Schumpeterschen Sinne eine "lediglich" heuristische Funktion hat. So kommt es, daß Schumpeters Begriff von der theoretisch-analytischen auf die politisch-dogmatische Ebene gehoben wird. Der methodologische Individualismus, der homo oeconomicus und der politische Individualismus verschmelzen zu einer polit-ökonomischen Figur, die als Argument in der politischen Auseinandersetzung fungiert.³

Der dogmenhistorische Kontext, in dem die Verheißung von Gleichgewicht allein auf der Basis von individuellen Akteuren steht, hat in den letzten Jahrzehnten das Wissenschaftsprogramm auch der "Makroökonomie" entscheidend geprägt. Gekennzeichnet ist diese Entwicklung durch einen grundsätzlichen Bruch mit dem Forschungsstand der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, also beispielsweise mit Keynes, Lautenbach und Föhl sowie mit Wicksell und mit Schumpeter, der sogar zum Kronzeugen für die Angebotspolitik gemacht wird. Was dann noch bleibt, ist die Rückwendung zu klassischen und neoklassischen Lehrsätzen. Sie werden unter Vernachlässigung ihres methodologisch fiktiven Gehalts unmittelbar zu wirtschaftspolitischen Empfehlungen.

Am deutlichsten kommt dies in den Vorstellungen über die Wirkung des Geldes auf das realwirtschaftliche Geschehen zum Ausdruck. Drei Quellen der heute herrschenden Auffassung können unterschieden werden. Erstens hat die physiokratische Gegenbewegung zum Merkantilismus die Identifikation von Geld (Edelmetallen) mit Wohlstand zerstört und begonnen, den Blick auf die "eentlichen" produktiven Faktoren zu richten. Die klassische Ökonomie hat zweitens durch ihr auf Gleichgewichte zielendes Erkenntnisinteresse dem Geld nur noch die Funktion der Schumpeterschen Rechenpfennige zugebilligt. Drittens schließlich hat der *Monetarismus* die von der Geldversorgung ausgehenden negativen Einflüsse auf den realwirtschaftlichen Prozeß betont und daraus die Forderung abgeleitet, die Geldversorgung der diskretionären Willkür der Politik zu entziehen. Voraussetzung dafür war die Entwicklung von Maßstäben für die Objektivierung der Geldpolitik. Eine Geldversorgung gilt danach als (objektiv)

3 Schumpeters Sichtweise sei hier mit einigen Zitaten (Schumpeter, 1908/1970) grob skizziert: "Wenn der Nationalökonom seine individualistische Methode mit Tatsachen verbrämt und etwa behauptet, daß das Individuum der Angelpunkt aller Erklärung sei, so können wir das nicht billigen und geben insoweit vollkommen den Gegnern Recht." (94 f.) "Der methodologische Individualismus ist endlich keine Spekulation philosophischer Natur, kein Zukunftsideal und dergleichen mehr. All das wurde der Theorie imputiert ..." (95) "Wir begegnen öfters den Begriffen Gesamtnachfrage und Gesamtangebot. Das sind nicht soziale Kategorien, sondern nur Kombinationen von individuellen. Wir sind nicht der Ansicht, der Forderung nach Berücksichtigung des sozialen Momentes gerecht zu werden, wenn wir Gebrauch von ihnen machen. Das würde ja involvieren, daß wir soziale Erscheinungen nur als Summe von individuellen auffassen, ein Standpunkt, den wir ausdrücklich ablehnten." (98, Hervorhebung nicht im Original)

richtig, wenn sie sich an der Zielinflationsrate⁴ sowie an den Änderungen des Güterangebots (Entwicklung des Produktionspotentials bzw. gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung) orientiert. Damit haben die klassischen Vorstellungen von Rechenpfennigen und Geldschleier ihren geldpolitischen Niederschlag gefunden. Die Wirtschaft kann nur noch in dem Maße wachsen, wie dies einige Volkswirte für möglich halten.⁵ Einem darüber hinausgehenden Geldangebot verbunden mit sinkenden Zinsen werden per se keine realen Wirkungen auf die Investitionstätigkeit und damit auf das Produktionspotential zugestanden. "Zu viel Geld" im Sinne dieser geldpolitischen Vorstellung ist gleichbedeutend mit dem Aufbau eines Inflationspotentials.

Zum Umfeld des monetaristischen Ansatzes gehört die *Theorie der rationalen Erwartungen*. Danach durchschauen und antizipieren die Normadressaten der Wirtschaftspolitik den theoretischen Wirkungszusammenhang politischer Maßnahmen. Eine expansive Geldpolitik führt in der Logik dieser Theorie zur Erwartung steigender Preise und entsprechend steigender Nominalzinsen. Das perverse Ergebnis sind also steigende Preise (Zinsen) für Geld wegen eines steigenden Geldangebots. Das heißt mit anderen Worten, die Geldpolitik ist nicht in der Lage, die Realzinsen zu verändern. Ähnliche Überlegungen gelten für die Finanzpolitik. Auch ihre Wirkungen werden bestenfalls neutralisiert, weil die Akteure etwa von Steuersenkungen eine steigende Staatsverschuldung erwarten und daraus steigende Zinsen ableiten.⁶

Wenn vor diesem theoretischen Hintergrund Geld- und Finanzpolitik als Instrumente einer aktiven Beschäftigungspolitik eliminiert sind, dann bleibt nichts anderes übrig als *Angebotspolitik* (Flassbeck 1982). Das ist das Politikmuster, welches der Vulgärliberalismus schon immer im Sinn hatte: Der Rückzug des Staates auf Flexibilisierung, Privatisierung und Liberalisierung. Daß in diese Richtung gehende politische Anstrengungen weitgehend gutzuheißen sind, macht die Argumentation an dieser Stelle nicht einfach. Vorausgesetzt werden muß ein Mindestmaß an Verständnis zur Unterscheidung zwischen ökonomischer Effizienzsteigerung (Ordnungspolitik) auf der einen und dem gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsproblem (makroökonomische Niveausteuerung) auf der anderen Seite. Diese Fähigkeit ist allerdings bei den Vertretern der herrschenden Lehre völlig abhanden gekommen. In der herrschenden Lehre *ist* die Effizienzsteigerung das Instrument zur Lösung der Beschäftigungsprobleme. Strukturanpassungen und Innovationen bedeuten danach nicht nur alloкатive Optimierung und Produktivitätssteigerung, sondern *uno actu* einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit.⁷

Entsprechend dem "neoliberalen" Grundverständnis und der neoklassischen Logik wird der Arbeitsmarkt a priori wie jeder andere Markt behandelt. Die *Lohnpolitik* hat das Gesetz von Angebot und Nachfrage zu beachten. Marktträumung kann es nur geben, wenn die Reallöhne so weit sinken, bis sie dem Grenzprodukt der Arbeit entsprechen. Diese neoklassische "Wahrheit" führt direkt zur Freisprechung der Wirtschaftspolitik von beschäftigungspolitischer Verantwortung. Zuständig für Beschäftigung sind in der Logik dieses Ansatzes die

4 "Als Ende 1984 die Preisstabilität weitgehend erreicht war, gab die Bundesbank das Konzept des 'unvermeidlichen' Preisanstiegs auf. Statt dessen berücksichtigt sie seither bei der Ableitung des Geldmengenzieles einen normativen Preisanstieg von 2 %. Mit Hilfe dieser Preisnorm, die als in der mittleren Frist maximal zu tolerierende Inflationsrate aufzufassen ist, wird das Stabilitätsziel für die geldpolitische Praxis operationalisiert." (Deutsche Bundesbank 1995, 83). Siehe dazu auch: Greenspan (1997).

5 Vgl. die "Methodischen Erläuterungen" zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR 1997, Anhang V A). Zu einer frühen kritischen Auseinandersetzung mit dem Potentialkonzept siehe: Maier-Rigaud (1982).

6 Wenigstens diese abwegige theoretische Linie dürfte inzwischen überwunden sein. Der Nobelpreisträger Robert Solow sagte dazu: "Ich fühle mich mit diesem unbeobachtbaren Schummelfaktor der rationalen Erwartungen nicht wohl. Er ist so hypothetisch, daß man damit fast alles erklären kann." (zitiert nach Haacke, 1997, 48).

7 Um dies ebenso wie die gegenteilige Auffassung, wonach eine Produktivitätsmindersteigerung zu mehr Beschäftigung führt, zeigen zu können, braucht man eine Beschäftigungstheorie für eine geschlossene Volkswirtschaft mit stabilem Preisniveau. Eine solche Theorie hat aber die herrschende Lehre nicht zu bieten.

Tarifvertragsparteien oder die Arbeitslosen selbst, weil sie nicht bereit sind, zu den Löhnen zu arbeiten, die ihrem jeweiligen produktiven Beitrag entsprechen. Die allgemeine Akzeptanz dieser "Beschäftigungstheorie" ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, daß sie vollständig im Einklang steht mit der einzelwirtschaftlichen Erfahrung. Anders gesagt, die neoklassische "Beschäftigungstheorie" ist über ihre partialanalytische Modellwelt nicht hinausgekommen und faktisch bei der mikroökonomischen Evidenz stehen geblieben.

Insgesamt hat die heuristisch wichtige Mikrofundierung der Theorie zusammen mit der Gleichgewichtsfiktion dazu geführt, daß Makroökonomie lediglich als Addition einzelwirtschaftlicher Einsichten verstanden wird. Die Frage nach der Informationsverarbeitung und den Funktionsbedingungen des Systems im ganzen, also die eigentliche makroökonomische Problemstellung, ist der Ökonomie abhanden gekommen. Daher können auch alle Probleme nur noch mikroökonomisch diagnostiziert und therapiert werden. Der zentrale Erkenntnisgegenstand der ökonomischen Theorie wird ausgehend von den geistesgeschichtlichen Grundlagen des Liberalismus und der klassischen Gleichgewichtslehre redressiert auf die in diesem Kontext vorwissenschaftliche, d.h. rein einzelwirtschaftliche Perspektive. "In den Wirtschaftswissenschaften ist die Makrotheorie auf den Hund gekommen. Seit wir uns von Keynes losgesagt haben, tun wir uns mit einer einfachen Erklärung von Arbeitslosigkeit schwer."⁸ In der Tat, die Lossprechung vom makroökonomischen Denken führt zwingend zu komplexen strukturellen Erklärungen und am Ende zu ebenso komplexen Interventionen.

3 Umweltpolitik zwischen Kosten und Präferenzen

Der "neoliberale" Einfluß geht weit über die Beschäftigungspolitik oder die allgemeine Wirtschaftspolitik hinaus. Auch in anderen Politikbereichen sind neoliberale Muster prägend. So hat der Glaube an den *ordre naturel* vor allem im 19. Jahrhundert eine bedeutende Rolle bei sozialen Fragen gespielt,⁹ die keineswegs als überwunden gelten kann. Und in der kaum drei Jahrzehnte alten Umweltpolitik taucht immer wieder die Vorstellung auf, der *ordre naturel* werde sich schon selbst stabilisieren. Dazu paßt die Forderung, über die sogenannten no regret-Maßnahmen, also solche, die bei den derzeit herrschenden relativen Preise wirtschaftlich sind, nicht hinauszugehen.¹⁰

Aber das umweltpolitische Handlungsfeld wird nicht nur von solchen optimistischen Harmonievorstellungen beeinflusst. Wichtiger ist die neoliberale Sichtverengung auf die Privatökonomie. Ökonomen tun sich deshalb schwer, die Sicherung der natürlichen

8 So Olaf Sievert, einer der exponierten Protagonisten neoliberaler Wirtschaftspolitik (Sievert 1997).

9 Der Aufarbeitung dieser Zusammenhänge hat sich in jüngster Zeit Siefertle (1990) verdienstvoll angenommen. Beispielhaft sei hier eine Stelle zitiert, an der sich Siefertle mit der Armutsfrage und der Malthusschen Lehre auseinandersetzt. "Die liberale Lösung (des Problems der "zügellosen" Vermehrung der Armen, GMR) zielte darauf, daß nach dem Verursacherprinzip Kosten und Nutzen bei der gleichen Person anfielen. Schaffte man die Armenfürsorge ab, so mußten die Armen in eigenem Interesse darauf achten, nur so viele Kinder in die Welt zu setzen, wie sie aus eigenen Mitteln ernähren konnten. Sollten sie wider alle Vernunft dennoch viele Kinder haben - nun, dann würden eben Elend, Hunger und Krankheit ihre Zahl bald wieder reduzieren. Laissez mourir, so nannten kritische Zeitgenossen diesen radikal marktwirtschaftlichen Vorschlag. Die Malthussche Theorie gewann große Bedeutung für die Entwicklung der klassischen Politischen Ökonomie, weil es mit ihrer Hilfe gelang, zu zeigen, daß auch auf dem Arbeitsmarkt das freie Spiel der Marktkräfte zu einem sinnvollen und prinzipiell harmonischen ... Resultat führte. Die Konzeption des Laissez mourir stärkte das liberale Weltbild, denn sie demonstrierte, daß die Reduktion der 'Arbeit' auf eine rein ökonomische Kategorie prinzipiell möglich war." (Siefertle 1990, 103 f.)

10 "A warmer planet might be more pleasant anyway." So brachte kürzlich ein Kommentator der Financial Times diese Position auf den Punkt.

Lebensgrundlagen, also das prioritäre Ziel des Wirtschaftens überhaupt, in ihre Denkmuster zu integrieren. Im folgenden sollen dafür einige Beispiele genannt werden.

Die Ökonomie hat bereits bei der Rezeption von *Umwelt als öffentlichem Gut* schwerwiegende Defizite aufzuweisen. Dominant im Wahrnehmungsraster ist die einzelwirtschaftliche Perspektive, bei der Umwelt lediglich Produktions- und Kostenfaktor ist. Umweltpolitik bedeutet, den Produktionsfaktor Umwelt zu verknappen und die Kosten hochzutreiben. Auch in den sogenannten makroökonomischen Modellen wird diese Sichtweise gepflegt. Umweltqualität zählt nicht zu den "Sozialproduktsgütern". Deshalb führt die Produktion von Umweltqualität im Rahmen solcher Modelle zu vergleichsweise geringeren Wachstumsraten und Produktivitätsentwicklungen, treibt die Preise nach oben und wirkt negativ auf die Beschäftigung. Mit solchen "Erkenntnissen" deformiert die Ökonomie individuelle Präferenzen für Umweltqualität und liefert einzelwirtschaftliche Argumente gegen den Umweltschutz.

Zum gesicherten Bestand umweltökonomischen Wissens gehört die Vorstellung, daß durch *Internalisierung* (negativer nichtpekuniärer) externer Effekte ein "optimaler Verschmutzungsgrad" erreicht wird. Nicht realisiert wird aber, daß das dabei verwendete allokationstheoretische Schema gänzlich ohne Präferenzen für Umweltqualität auskommen *kann*. Internalisierung ist dann nicht mehr als eine verursachergerechte Zurechnung der Kosten des Kuppelprodukts "Umweltschaden" bei gegebenen Präferenzen für herkömmliche Güter. Ohne explizite Nachfragefunktion für das Gut Umweltqualität ist das Internalisierungskonzept also lediglich ein Instrument zur optimalen Ausbeutung von Umweltressourcen. Eine solche Strategie gehört aber in die Zuständigkeit der Wirtschafts- und nicht der Umweltpolitik (Maier-Rigaud 1997a). Die Frage nach den Präferenzen für Umweltqualität ist also bei dieser Art von Internalisierung weiterhin offen.¹¹

Die *Coasesche Attacke gegen den "Interventionisten" Pigou* markiert einen weiteren Strang des wirtschaftsliberalen Einflusses. Hintergrund ist hier ganz direkt die Laissez faire-Doktrin. Coase wollte zeigen, daß die Pigousche Tradition vorschnell auf staatlichen Reglementierungsbedarf gesetzt hat, weil die von Externalitäten betroffenen Akteure allein auf der Basis von staatlich garantierten Eigentumsrechten in der Lage seien, effiziente Lösungen zu finden. Die Beachtung, die Coase unter Theoretikern gefunden hat, steht allerdings in keinem Verhältnis zu dem eher trivialen Ergebnis seiner Überlegungen. Wer hätte je in Zweifel ziehen wollen, daß zwei selbständige Unternehmen bei Transaktionskosten von Null nicht in der Lage seien, sich über die optimale Ausbeutung von natürlichen Ressourcen zu einigen?

Coase hat (mit seiner heuristisch zu verstehenden Nulltransaktionskostenhypothese) Umweltökonomien die Blaupause dafür geliefert, das öffentliche Gut Umwelt zu privatisieren und in die Marktlogik zu integrieren. Weithin übersehen wurde dabei allerdings, daß es Coase mit seinem Ansatz gar nicht um Umweltqualität geht. Vielmehr sollte mit Blick auf das Gleichgewichtsparadigma der Marktökonomie gezeigt werden, daß die Existenz von Externalitäten kein Marktversagen impliziert.

Zumindest in der Tradition von Coase liegt die in jüngster Zeit vermehrt propagierte Idee einer ökologischen Selbststeuerung der Wirtschaft durch sogenannte *freiwillige Selbstverpflichtungen*. Ginge es der Wirtschaft "nur" um die Implementierung bürokratiearmer Regelungen, dann wären Selbstverpflichtungen kaum eine Hilfe. Tatsächlich müßte nämlich ein Wirtschaftsverband genau die gleichen Probleme lösen, denen sich auch die Umweltpolitik gegenüber sieht.¹² Das Interesse der Wirtschaft liegt hier vielmehr ganz offen bei den

11 "Die Zielbestimmung bleibt unvermeidlich ein Politikum, dessen Relativität und Veränderlichkeit nicht durch effizienzorientierte Kosten-Nutzen-Analysen auflösbar ist." (Scheele 1997, 123).

12 Vgl. zur Problematik von Selbstverpflichtungen die vom Bundesministerium für Wirtschaft in Auftrag gegebene, aber „ungeliebte“ Studie von Rennings (1997); s.a. Rennings (1998, in diesem Band).

umweltpolitischen Zielformulierungen, die sich erst im Kontext der jeweiligen Instrumente im einzelnen konkretisieren. Weil also die Entscheidung über die Instrumente vielfach zugleich eine (Vor-)Entscheidung über die Ziele ist, passen Selbstverpflichtungen fugenlos in die neoliberale Landschaft.

Eine weitere Ausprägung des "Neoliberalismus" wird markiert durch den Begriff *Wettbewerb der Ordnungen*. Hier wird der von evolutionsökonomischen Denkmustern vorgezeichnete Pfad bis hin zum Thema Umweltpolitik und Nachhaltigkeit ausgezogen. Behauptet wird, daß "nur der Wettbewerb das Nachhaltigkeitspostulat inhaltlich konkretisieren und seine Erreichung in den Bereich des Möglichen rücken kann" (Gerken/Renner 1996, 8). In dieser Aussage manifestiert sich eine grundlegende Konfusion hinsichtlich Zielen und Mitteln. Der Wettbewerb kann Präferenzen weder in bezug auf private noch auf öffentliche Güter *inhaltlich konkretisieren*. Er ist lediglich Instrument zur Durchsetzung von Präferenzen. Das gilt auch für den Ordnungswettbewerb. Auch er kann bestenfalls dazu beitragen, das umweltpolitische Regelsystem effizienter zu machen.

Mit der programmatischen These "Nachhaltigkeit durch Wettbewerb" ist deshalb auch nur ein Verfahren zur Entdeckung wirtschaftlicher Folgen der Umweltpolitik gemeint. Anders gesagt: "Überträgt man die Einsicht, daß Wettbewerbsprozesse allein für die ökonomische ... Fragestellung, nicht jedoch für die ökologische Fragestellung Bedeutung entfalten, auf die Ordnungsproblematik, so wird deutlich, daß sich auch Ordnungswettbewerbsprozesse im Spannungsfeld zwischen dem Zweck der ökonomischen Teilordnung (Setzung von Regeln für den Umgang mit der ökonomischen Knappheit) und dem Zweck der ökologischen Teilordnung (Setzung von Regeln für den Umgang mit der Umwelt) allein zur Verringerung der wirtschaftlichen Knappheit, also zur Steigerung der materiellen Wohlfahrt, einsetzen lassen. Ordnungswettbewerbsprozesse sind daher grundsätzlich als ökonomische Prozesse einzustufen; die Transmissionskanäle beruhen ausschließlich auf ökonomischen Fakten." (Gerken/Renner 1996, 112)

Weil dies so ist, wird auch "eingräumt", daß die Wirkungen des Ordnungswettbewerbs unilateral sind. Das heißt, es werden allein die ökonomischen Konsequenzen ökologischer Maßnahmen, nicht aber die ökologischen Konsequenzen ökonomischer Maßnahmen aufgedeckt (Gerken/Renner 1996, 114). Aber aus dieser Einsicht folgt keine kritische Reflexion des Ansatzes, sondern nur ein weiterer Rechtfertigungsversuch: Es "folgt bereits aus der Natur der ökologischen Ordnung, daß Wettbewerbsprozesse in ihr keinen Platz haben" (Gerken/Renner 1996, 114). Kann man deutlicher sagen, daß die Verheißung von "Nachhaltigkeit durch Wettbewerb" am Ende darauf hinausläuft, wirtschaftsliberale Interessen gegen ökologische Präferenzen zu verteidigen?

Wirtschaftsliberale Deformationen manifestieren sich auch in der fälschlicherweise als "*Drei-Säulen-Theorie*" bezeichneten Triade von ökonomischen, sozialen und ökologischen Zielen. Die Vorstellung von der Gleichrangigkeit dieser Ziele im Hinblick auf nachhaltige Entwicklungen ist Folge einer politischen Konsenssuche, die vor allem von der Enquete Kommission des deutschen Bundestages "Schutz des Menschen und der Umwelt" betrieben und in die öffentliche Diskussion eingeführt worden ist.

Die sich auf den ersten Blick ausgewogen präsentierende "Theorie" ist faktisch der Kulminationspunkt einer rigoros ökonomistischen Position (Maier-Rigaud 1997b). Wirtschaftliche Aktivitäten werden aus ihrer den Präferenzen dienenden Funktion entlassen. Wirtschaften wird zum Ziel an sich. Die Präferenzen für einen nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen und die Präferenzen für eine sozialverträgliche Entwicklung müssen mit der vermeintlichen Präferenz für die Effizienz des ökonomischen Systems konkurrieren. Das ist als ob ökonomische Effizienz schlechthin Ziel wirtschaftlicher Entwicklung wäre. Markt und Wettbewerb als Instrumente zur Durchsetzung von individuellen Präferenzen werden in der Drei-Säulen-Theorie zur Restriktion für ökologische Präferenzen.

Einzelne Deformationen bei der Rezeption der ökologischen Frage durch die Ökonomie können sicherlich schlicht auf analytische Fehlleistungen zurückgeführt werden. Insgesamt aber drängt sich die Vermutung auf, daß die analytischen Defizite auch Folge eines neoliberalen Vorverständnisses sind. Wie sonst könnte eine Wissenschaft, deren Erkenntnisinteresse u.a. auf die effiziente Durchsetzung individueller Präferenzen gerichtet ist, dazu kommen, einen Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie, zwischen Instrument und Ziel oder zwischen Präferenzen für private Güter und dem öffentlichen Gut Umweltqualität zu postulieren?

4 "Neoliberale" Synergien

Die Hinweise auf einzelne Spuren neoliberaler Verwerfungen im ökonomischen Denken geben noch kein vollständiges Bild über den verheerenden Einfluß des sich seiner Grenzen nicht bewußten Wirtschaftsliberalismus am Ende dieses Jahrhunderts. Berücksichtigt werden müssen auch die vielfältigen Synergieeffekte. Das Versagen neoliberaler Beschäftigungspolitik ist im Ergebnis ein gigantisches Programm des Verzichts auf Güter und Dienste. Das jährliche Volumen des Verzichts liegt etwa in der Größenordnung des Bruttoinlandsprodukts der Niederlande. Gemessen daran sind die Versuche zur Steigerung der Effizienz beispielsweise via Privatisierung und Flexibilisierung kaum erwähnenswert. Um so mehr erstaunt die große beschäftigungspolitische Bedeutung, die ihnen und allgemein den verschiedenen Strukturpolitiken von den Wirtschaftswissenschaften heute zugemessen werden.

Zentral für die Fehlentwicklungen der letzten beiden Jahrzehnte ist die monetaristische Negation der geldpolitischen Verantwortung für die reale Entwicklung der Wirtschaft. Die bloße monetäre Alimentierung des Produktivitätswachstums hat alle anderen wirtschaftspolitischen Akteure auf eine merkantile Strategie verwiesen. Diese kann zwar Strukturen flexibilisieren, aber niemals ein Mengenwachstum generieren, das zurück zur Vollbeschäftigung führt. Die Weigerung der Geldpolitik, einen von Investitionen getragenen Aufschwung vorzufinanzieren, stabilisiert die Unterbeschäftigung und destabilisiert die im Prinzip auf einen hohen Beschäftigungsstand ausgerichteten Systeme der sozialen Sicherung. Die daraus folgenden staatlichen Mindereinnahmen erzeugen zusammen mit der angebotspolitisch gewollten "Erosion" der Steuerbasis gravierende Probleme für die öffentlichen Haushalte, die nicht zuletzt die wichtigen Zukunftsaufgaben (z.B. Bildungspolitik) negativ tangieren. So entzieht die angebotspolitische Philosophie sich selbst ihre finanzwirtschaftliche Basis. Es bleibt nur die Parallelpolitik der 30er Jahre.¹³

Weil sich die Angebotspolitik ihres eigenen Handlungsspielraumes beraubt und folglich den Reformstau¹⁴ ausrufen muß, gerät die Politik der Tarifvertragsparteien notwendigerweise ins wirtschaftspolitische Zentrum. Um aber in der derzeitigen Lage überhaupt einen lohnpolitischen Anpassungsbedarf reklamieren zu können, wurde die über Jahrzehnte von allen Regierungen erhobene Forderung nach einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik aufgegeben. Als Voraussetzung für mehr Beschäftigung gelten nunmehr insgesamt und für mehrere Jahre unter der Produktivitätsentwicklung liegende differenzierte Lohnanpassungen. Die Folge sind sinkende Lohnstückkosten und ceteris paribus eine Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Denn mehr Beschäftigung ist in der wirtschaftsliberalen Logik nur durch den Export von Arbeitslosigkeit zu erreichen. Neoliberale Wirtschaftspolitik wird so zu einem Synonym für Merkantilismus. Die Gegner von einst treffen sich also wieder im Geiste des 17. Jahrhunderts. Aus dem liberalen "Laissez-nous faire!" wird ein merkantilistisches "Laissez-nous exporter!"

13 Vgl. zu dieser krisenhaften Entwicklung beispielsweise Oberhauser (1996) oder Schulmeister (1996).

14 Zum Reformstau kommt es zwingend, weil die "Modernisierung" der Systeme der sozialen Sicherung ebenso wie die des Steuersystems langsamer vonstatten geht als das Wegbrechen ihrer finanziellen Basis.

Durch das Zusammenwirken von Lohnzurückhaltung und Aufwertung waren dieser merkantilistischen Beschäftigungsstrategie bisher Grenzen gesetzt. Mit dem Übergang zum Euro ist die Gefahr einer die Lohnzurückhaltung neutralisierenden Aufwertung jedenfalls innerhalb der Währungsunion gebannt. Aber die dann möglichen Exporterfolge wegen (absoluter und relativer) Lohnstückkostensenkungen verursachen gravierende Verwerfungen zwischen den Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten und erhöhen den Druck auf Transferzahlungen. Eine merkantilistische Beschäftigungspolitik via Lohnsteigerungen unterhalb der Produktivitätsrate zeigt auch in diesem Szenario Parallelen zur griechischen Tragödie: Neoliberale Strategien treiben geradewegs in außermarktliche Transfers zwischen den Staaten, die zu vermeiden eben diese Politik intendiert hat.¹⁵ Aber das ist noch nicht alles.

So wie mit steigenden Lohnstückkosten Inflationspotentiale aufgebaut werden, so werden mit sinkenden Lohnstückkosten Deflationspotentiale geschaffen. Die schlichte neoliberale Kostensenkungsstrategie führt daher bei Erreichung der "Preisnorm", also der Preisniveaustabilität im Sinne der Bundesbank, zu Problemlagen, die in der Wirtschaftsgeschichte der Nachkriegszeit ein Novum darstellen. Herbert Giersch, der ansonsten dem Mainstream neoliberaler Wirtschaftspolitik fest verbunden ist, hat sich dazu und zur daraus sich ergebenden Gefahr für die Wirksamkeit der Geldpolitik in bemerkenswerter Weise geäußert.¹⁶ Trifft ein über die Lohnpolitik erzeugtes Deflationspotential zusammen mit gleichgerichteten außenwirtschaftlichen Impulsen (Krise in Südostasien und Japan), spätestens dann müßten die für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Verantwortlichen erkennen, daß die neoliberale Kostensenkungsstrategie am Ende ist.

Das Versagen neoliberaler Beschäftigungspolitik hat erhebliche Auswirkungen auf praktisch alle Politikbereiche. Entweder als Folge der Beschäftigungskrise oder zu ihrer vermeintlichen Überwindung werden strukturelle und institutionelle Weichen gestellt, die fachlich nicht zu begründen sind.¹⁷ Das Arbeitsplatzargument dominiert die politischen Entscheidungen in allen Bereichen und führt somit zu allokativen Verzerrungen, die wiederum auf die gesamtwirtschaftliche Effizienz in nicht abzuschätzender Höhe negativ einwirken.

In der Umweltpolitik sind die Zusammenhänge vielleicht noch am offensichtlichsten. Das gilt bereits auf der *Instrumentenebene*. Auch nach 25 Jahren Umweltpolitik ist es nicht gelungen, wenigstens für einzelne umweltpolitische Ziele marktwirtschaftliche Instrumente zu installieren. Die umfassende Herrschaft des Ordnungsrechts ist ungebrochen. Eine dem merkantilistischen Muster folgende Wirtschaftspolitik kann es nicht zulassen, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit durch Knappheitspreise für Umweltgüter möglicherweise belastet wird.¹⁸ So opfert der ansonsten auf ökonomische Effizienz bedachte Wirtschaftsliberalismus effiziente umweltpolitische Anreizsysteme auf dem Altar des Exports. Wider besseres Wissen und Erfahrung wird die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen mit

15 Flassbeck (1997) hat dazu in einem Artikel der Frankfurter Rundschau alles Wesentliche aufgeblättert.

16 "Sinkt das Preisniveau allgemein, so wirft selbst Bargeld Zinsen ab, real versteht sich. Da tut sich leicht eine Liquiditätsfalle auf, wie man seit den frühen dreißiger Jahren weiß. Dies ist die Gefahr, die sich im Härtungswettbewerb der Währungen ergeben kann. Wir können sie vermeiden, indem wir in Deutschland den wirtschaftspolitischen Vorreiter machen mit einer Mengenkonzunktur, die sich auf Lohnmäßigung stützt und von einer mutigen Geldmengenexpansion getragen wird." (Giersch 1996, Ziff. 24, Hervorhebungen nicht im Original).

17 Besonders deutlich ist dies bei industrie- und energiepolitischen Großprojekten, die von den Regierungen mehr als wohlwollend begleitet werden.

18 Im Kontext dieser merkantilen Vorstellung kommt es deshalb auch gar nicht dazu, ernsthaft nach möglichen kostenmäßigen Anpassungen in der "Nationalökonomie" zu fragen. In diesem Zusammenhang ist nach wie vor der Hinweis wichtig, daß Aufkommensneutralität von ökologischen Abgaben nicht gleichbedeutend ist mit gesamtwirtschaftlicher Kostenneutralität.

zentralverwaltungswirtschaftlichen Methoden betrieben. Allein daraus folgt schon eine Diskriminierung des Gutes Umweltqualität gegenüber den der marktlichen Allokation unterliegenden privaten Gütern.

Auf der umweltpolitischen *Zielebene* bleiben solche Diskriminierungen nicht folgenlos. Insgesamt wird der Prozeß der umweltpolitischen Entscheidungsfindung von drei Seiten aus deformiert. *Erstens* erzeugt die mit "command and control" betriebene Umweltpolitik aus sich heraus Widerstände, die mangels politisch durchsetzbarer instrumenteller Alternativen ("neoliberale" Tabuisierung der pretialen Lenkung) unmittelbar auf die Zielebene durchschlagen. *Zweitens* führt die Beschäftigungskrise zu einer systematischen Minderschätzung von Umweltqualität. Zu berücksichtigen ist dabei aber *drittens*, daß die von der Ökonomie behaupteten Wirkungszusammenhänge einen erheblichen Einfluß auf die Präferenzbildung haben.¹⁹

Ein Beispiel für diese dritte Kategorie von Einflüssen ist der bereits oben angesprochene Ansatz: "Nachhaltigkeit durch Wettbewerb". Er reklamiert Präferenzensouveränität nicht nur für herkömmliche private Güter, sondern auch für komplexe Zusammenhänge, die sich in den meisten Fällen der Erfahrungswelt eines Menschenlebens entziehen. Die "Anmaßung" des demokratisch legitimierten Staates wird substituiert durch eine individuelle Souveränitätsfiktion. Den Bürgern wird die Fähigkeit unterstellt, anhand der Ergebnisse des Ordnungswettbewerbs ihre Präferenzen zu überprüfen und gegebenenfalls zu ändern (Gerken/Renner 1996, 113f.). Das aber setzt ein Wissen voraus, das keine einfachen Analogien mit Hayekschen Wissenskategorien und dem Begriff der spontanen Ordnung erlaubt. Es erschließt sich nämlich - wenn überhaupt - nur aus wissenschaftlichen Erkenntnisprozessen in mindestens drei Bereiche: Aus einer ökonomischen Theorie, welche die Folgen spezifischer umweltpolitischer Maßnahmen auf die individuelle wirtschaftliche Lage aufdeckt; aus einer medizinisch-toxikologische Theorie, welche die Zusammenhänge zwischen spezifischen Schadstoffkonzentrationen und individuellen Krankheitsbildern erschließt; aus einer ökologischen Theorie, welche die Funktionsbedingungen ökologischer Systeme zum Gegenstand hat.

Die Verheißung von Nachhaltigkeit durch Wettbewerb kann wegen der komplexen Problemstruktur, der prinzipiellen Vorläufigkeit wissenschaftlicher Erkenntnis, der gesellschaftlichen Bedingtheit individueller Problemwahrnehmung und Problemverarbeitung am Ende nur darauf hinauslaufen, die unmittelbare wirtschaftliche Betroffenheit zum dominanten Faktor zu machen. Die individuellen Präferenzen für das ökonomische Heute führen zur systematischen Minderschätzung einer nachhaltigen Zukunft. Schritte zur Nachhaltigkeit sind in diesem Schema nicht zu erkennen. Vielmehr zeugt auch dieser Ansatz von nicht hinreichend reflektierten Grenzen des Wirtschaftsliberalismus.

5 Der Freiburger Imperativ, die Keynesche Botschaft und die Vision von Rio

Die hier vorgetragene skizzenhafte Kritik am "neoliberalen" Mainstream und seinen Folgen für Beschäftigung und Umwelt basiert im wesentlichen auf Einsichten, die schlagwortartig und in Ergänzung der Schillerschen Prägung mit drei Begriffen markiert werden können: Freiburger Imperativ, Keynesche Botschaft und Vision von Rio. Jeder dieser Begriffe steht für ein spezifisches Problem der Ökonomie, für je spezifische analytische Herangehensweisen und für ebenso spezifische Herausforderungen.

19 Allerdings wird dieser Aspekt von Ökonomen kaum thematisiert. Vgl. Flassbeck/Maier-Rigaud (1982).

Der "Freiburger Imperativ" zielt auf fundamentale Fragen der Steuerung von dezentral verfaßten Systemen mit autonomen Akteuren, deren Ziel die Verfolgung individueller Präferenzen ist. Das Forschungsprogramm in seinen evolutionsökonomischen und konstitutionenökonomischen Ausprägungen ist gerichtet auf Regelsysteme, die hoheitliche Eingriffe in die Spielzüge möglichst überflüssig machen. Das ist im weitesten Sinne der Gegenstand der Ordnungspolitik. Populärer und mit Karl Schiller könnte man auch sagen: Soviel Markt wie möglich und soviel Staat wie nötig.

Aber die Einbettung individueller Präferenzen in noch so klug gestaltete Regelsysteme kann allein noch nicht sicherstellen, daß die *gesamtwirtschaftlichen Ziele* erreicht werden. In bezug auf die Beschäftigungskrise heißt das, daß nicht jeder, der arbeiten will, also Erwerbseinkommen anstrebt, auch Arbeit findet. Empirisch und theoretisch kann sogar gezeigt werden, daß individuell rationale Strategien insgesamt die Erreichung individueller Ziele verhindern.²⁰ Gesamtwirtschaftliche Problemlagen sind dann Folgen der "nicht intendierten" Ergebnisse des Wirkens der "invisible hand".

Sobald es aus welchen Gründen auch immer zu gleichgerichteten Erwartungen kommt, beispielsweise bei inflationären oder deflationären Impulsen, können die Regelmechanismen auf breiter Front versagen. Es fehlen systeminhärente untere oder obere Widerstandslinien zur Systemstabilisierung und zur Umkehr der Erwartungen. Auch wenn der neoklassische Einwand dagegen theoretisch richtig ist, die Umkehr der Erwartungen also durchaus im System angelegt ist, so bleibt die gesamtwirtschaftliche Frage, ob die damit verbundenen "Reinigungskrisen" irgendeinen ökonomischen Sinn machen. Und es bleibt die politische Frage, ob solche Krisen gesellschaftlich akzeptabel sind. Die "Keynessche Botschaft", übersetzt in Begriffe wie Globalsteuerung oder einfach Makropolitik, meint die Vermeidung dieser Instabilitäten des Gesamtsystems durch ein intelligentes Zusammenwirken vor allem von Lohn- und Geldpolitik zur Erreichung und Sicherung der Preisniveaustabilität und der Vollbeschäftigung.²¹

Während also der "Freiburger Imperativ" Anforderungen an Regelsysteme zur Durchsetzung individueller Präferenzen aufstellt, besteht die Aufgabe der makroökonomischen Politik darin, die Bedingungen für ein hohes Aktivitätsniveau der Wirtschaft insgesamt zu gestalten. Sicherlich gibt es zwischen beiden wirtschaftspolitischen Aufgaben Wechselwirkungen. Aber eine Substitution von makroökonomischen Funktionsbedingungen durch mikroorientierte Regelsysteme ist nicht möglich.

Mit der "Vision von Rio" wird eine völlig andere Aufgabe neu eingeführt. Das Problem einer nachhaltigen Entwicklung gehört in die Kategorie jener Ziele des Wirtschaftens, die sich zwar in individuellen Präferenzen auf Grund von Informationen (also nicht auf Grund von einzelwirtschaftlichen Erfahrungen wie bei privaten Gütern) manifestieren, aber im Marktsystem nicht effektiv werden können. Eine Politik für Nachhaltigkeit ist daher in formaler Hinsicht vergleichbar mit allen Politiken, welche die Bereitstellung von öffentlichen Gütern zum Gegenstand haben. Allerdings gibt es im Vergleich dazu einige bedeutende qualitative und

20 Joan Robinson hat dies 1937 an einem plastischen Beispiel für Generationen von Ökonomen demonstriert (Robinson 1960, 40f.)

21 Zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit in Europa bedeutet das folgendes: Die nominalen Lohnsteigerungen sind zu orientieren an der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung des jeweiligen Landes und an der Preisnorm der Europäischen Zentralbank, also an einer europäischen Inflationsrate von zwei Prozent. In jedem der Euroländer wird also nur das verteilt, was durch die steigende Produktivität real zuwächst. Hinzu kommt für alle Länder ein Zuschlag in Höhe der gemeinsamen europäischen Zielinflationsrate. Von der Lohnseite gehen also weder deflationäre noch inflationäre Impulse aus. Die expansiven Impulse können und müssen dann allein von der Geldpolitik kommen. Sie muß durch kräftige Zinssenkungen arbeitsplatzschaffende Investitionen zur betriebswirtschaftlich rationalen Strategie machen. Nur mit dieser Kombination von Geld- und Lohnpolitik kann die Arbeitslosigkeit überwunden werden.

quantitative Unterschiede. Der wichtigste liegt darin, daß der politische Freiheitsgrad bei der Zielformulierung stark eingeschränkt ist, weil die Funktionsbedingungen der ökologischen Systeme letztlich politisch nicht verhandelbar sind.

Der Zusammenhang einer Politik für Nachhaltigkeit mit dem "Freiburger Imperativ" ist - sofern die Präferenzen oder Ziele einmal fixiert sind - der gleiche wie bei auf private Güter gerichteten Präferenzen. Es geht um die Entwicklung von Regelsystemen, die effiziente Anpassungen auf der einzelwirtschaftlichen Ebene generieren. Der "Freiburger Imperativ" gilt auch für die instrumentelle Seite der "Vision von Rio".²² Aber es ist falsch, die unumgängliche politische Entscheidung über ein öffentliches Gut, über die Ziele der Nachhaltigkeit, einem Regelsystem überlassen zu wollen.

Im Grunde sind die hier genannten Unterscheidungen zwischen Freiburger Imperativ, Keynescher Botschaft und der Vision von Rio äußerst trivial. Noch vor einem Vierteljahrhundert hätten Ökonomen solche Differenzierungen der Propädeutik zugeordnet. Diese Zeiten sind vorbei. Der "Neoliberalismus" - jedenfalls in seiner deutschen politischen Ausprägung - hat alle wirtschaftspolitischen Fragen zum Gegenstand der Privatökonomie, der Märkte und des Wettbewerbs gemacht. Es geht nur noch darum, den dort wirkenden Kräften die Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Der Absolutheitsanspruch dieser Lehre und ihre konfuse analytische Basis tragen tatsächlich die Züge einer "Heilslehre".

Literatur

Deutsche Bundesbank (1995). *Die Geldpolitik der Bundesbank*. Sonderveröffentlichung der Bundesbank, Oktober 1995, Frankfurt am Main: Selbstverlag.

Flassbeck, H. (1982). *Was ist Angebotspolitik?* Konjunkturpolitik, 28, 2/3, 75-138.

..... / Maier-Rigaud, G. (1982). *Umwelt und Wirtschaft. Zur Diskriminierung des Umweltschutzes in der ökonomischen Analyse*. Walter Eucken Institut. Vorträge und Aufsätze, 88. Tübingen: J.C. B. Mohr (Paul Siebeck).

..... (1997). *Und die Spielregeln für die Lohnpolitik in einer Währungsunion? Über Arbeitnehmereinkommen und Wettbewerbsvorsprünge einer Volkswirtschaft in der Europäischen Union*. Frankfurter Rundschau, 31. Oktober 1997. 12.

Gerken, L. (Hg) (1996). *Ordnungspolitische Grundfragen einer Politik der Nachhaltigkeit*. Walter Eucken Institut. Baden-Baden: Nomos Verlag.

..... / Renner, A. (1996). *Nachhaltigkeit durch Wettbewerb*. Walter Eucken Institut. Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen, 35. Tübingen: J.C. B. Mohr (Paul Siebeck).

Giersch, H. (1996). *Wirtschaftspolitik im Zeichen des Standortwettbewerbs*. Vortrag gehalten in der Jahresbeginn-Veranstaltung 1996 am 8. Januar 1996 an der IHK Hannover.

22 Vgl. dazu die von mir im Bundesministerium für Wirtschaft initiierten Studien von fünf Forschungsinstituten zu den "Ordnungspolitischen Grundfragen einer Politik der Nachhaltigkeit" (Gerken 1996).

- Greenspan, A. (1997). *Problems of Price Measurement*. Remarks by Alan Greenspan, Chairman of the Board of Governors of the Federal Reserve System, at the Center for Financial Studies, in Frankfurt, on November 7, 1997. (abgedruckt in Deutsche Bundesbank. Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 66. 1-4.).
- Haacke, B. v. (1997). *Zweite Sprache. Eine neue Generation treibt die Ökonomie mit praxisrelevanter Forschung voran*. Wirtschaftswoche, 48, 20.11.1997, 44-56.
- Hayek, F. A. v. (1973/80). *Recht, Gesetzgebung und Freiheit*, Bd. 1: Regeln und Ordnung. München / Landsberg a.L.: Verlag Moderne Industrie (engl. Original: Law, Legislation and Liberty, Vol. 1: Rules and Order. London: Routledge & Kegan Paul).
- Maier-Rigaud, G. (1982). *Die Fiktion vom Produktionspotential*. Wirtschaftsdienst, 1982/VII, 357-360.
- / Flassbeck, H. (1982). *Umwelt und Wirtschaft. Zur Diskriminierung des Umweltschutzes in der ökonomischen Analyse*. Walter Eucken Institut. Vorträge und Aufsätze, 88. Tübingen: J.C. B. Mohr (Paul Siebeck).
- (1997a). *Über den Unterschied zwischen Internalisierung und Umweltpolitik*. in: G. Maier-Rigaud, Schritte zur ökologischen Marktwirtschaft, Marburg: Metropolis Verlag, 85 - 107.
- (1997b). *Zur Rezeption von Nachhaltigkeit durch die Ökonomie*. in: G. Maier-Rigaud, Schritte zur ökologischen Marktwirtschaft, Marburg: Metropolis Verlag, 309 - 339.
- Oberhauser, A. (1996). *Mehr Arbeitslosigkeit durch Parallelpolitik*. Wirtschaftsdienst, XI, 566-573.
- Rennings, K., / K.L. Brockmann / H. Koschel / H. Bergmann / I. Kühn (1997). *Nachhaltigkeit, Ordnungspolitik und freiwillige Selbstverpflichtungen. Ordnungspolitische Grundregeln für eine Politik der Nachhaltigkeit und das Instrument der freiwilligen Selbstverpflichtung im Umweltschutz*. Schriftenreihe des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung. Heidelberg: Physica.
- / / H. Bergmann (1998). *Freiwillige Selbstverpflichtungen: Eine ordoliberalere Kritik korporatistischer Umweltpolitik* (in diesem Band). 257-276.
- Robinson, J. (1937/1960). *Introduction to the Theory of Employment*. London / New York: Macmillan.
- Röpke, W. (1932). *Krise und Konjunktur*. Leipzig: Quelle & Meyer
- Rüstow, A. (1945/50). *Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus*. Bad Godesberg: H. Küpper vormals G. Bondi

- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1997). *Jahresgutachten 1997/98. Wachstum, Beschäftigung, Währungsunion - Orientierungen für die Zukunft*. Stuttgart: Metzler-Poeschel.
- Scheele, M. (1997). *Institutionelle und ökonomische Grundlagen des Natur- und Ressourcenschutzes*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schulmeister, S. (1996). *Zehn Etappen zum Abgrund. Massenarbeitslosigkeit, schwaches Wirtschaftswachstum und alle Regierungen auf striktem Sparkurs - droht eine neue Weltwirtschaftskrise wie in den dreißiger Jahren?* Die Zeit, 45. 1. November 1996, 27.
- Schumpeter, J.A. (1908/1970). *Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Sieferle, R.P. (1990). *Bevölkerungswachstum und Naturhaushalt. Studien zur Naturtheorie der klassischen Ökonomie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Sievert, O. (1997). *Währungsunion und Beschäftigung*. Vortrag in der Universität Leipzig anlässlich einer Veranstaltung der Leipziger Wirtschaftspolitischen Gesellschaft am 28. Januar 1997.
- Smith, A., (1759/1982). *The Theory of Moral Sentiments*. Indianapolis: Liberty Fund Edition.